

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 28 (1936)

Heft: 4

Artikel: Die Krisenbekämpfung in den Vereinigten Staaten unter Roosevelt's "New Deal"

Autor: Colm, Gerhard

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352807>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Krisenbekämpfung in den Vereinigten Staaten unter Roosevelt's „New Deal“.*

Von Gerhard Colm, Neuyork.

Präsident Roosevelt in Krise und Wiederbelebung.

Im März 1933, als Franklin D. Roosevelt sein Amt als Präsident der Vereinigten Staaten antrat, hatte die finanzielle und industrielle Krise ihren Tiefpunkt erreicht. Die Banken mussten geschlossen werden, die industrielle Produktion war auf etwa die Hälfte der Höchstproduktion des Sommers 1929 abgesunken. In den Jahren des Prosperitätstaumels bis 1929 glaubten viele Amerikaner, einschliesslich eines Teils der volkswirtschaftlichen Fachleute, dass ihr Land als erstes das Wunder einer dauernden Prosperität, eines stets aufwärts gerichteten «Trends», verwirklicht habe. Noch Anfang 1930, nach dem Kurszusammenbruch an der Newyorker-Börse, verkündete der Konjunkturdienst der Havard-Universität, dass es sich nur um einen vorübergehenden finanziellen Rückschlag handle, der für die Entwicklung der gesamten Geschäftstätigkeit keine grosse Bedeutung haben würde. Auch die Verwaltung unter Präsident Hoover sah keine Notwendigkeit, einschneidende Massnahmen der Krisenbekämpfung zu ergreifen. Hoover ermahnte die Unternehmer, die Aufträge nicht zu stark zu beschränken, die Löhne möglichst nicht zu kürzen, und er suchte durch Subsidien an in finanzieller Bedrängnis befindliche Staaten und Gemeinden die lokalen Wohlfahrtsunterstützungen sicherzustellen. Die Präsidentschaftskampagne Roosevelts stand demgegenüber ganz unter dem Zeichen, dass er dem amerikanischen Volk gegenüber der Hooverschen Politik des «Gut-Zuredens» eine aktive Reformpolitik, einen «New Deal» versprach. Der schärfste Vorwurf, den Roosevelt als Präsidentschaftskandidat gegen seine republikanischen Gegner erhob, war der, dass sie keine «Vision» von einer besseren Zukunft hätten, sondern die Dinge treiben liessen. Die Krise von 1932/33 war nicht nur eine finanzielle und industrielle Krise. Es war eine tiefgreifende psychologische Erschütterung des amerikanischen Volkes. Es war die Stimmung dumpfer

* Erklärung einiger Fremdwörter:

New Deal = Sammelname für die gesamte Wirtschaftspolitik Roosevelts; auf Deutsch: neues Verfahren.

Trend = Wirtschaftliche Entwicklung einer langen Zeitperiode.

Subsidien = Unterstützungsbeiträge.

American Federation of Labor = Amerikanischer Gewerkschaftsbund.

Brain Trust = Gehirntrust; mit diesem Spotnamen werden die Mitarbeiter Roosevelts bezeichnet.

Codes = Bezeichnung für die Preis- und Lohnverordnungen der Regierung; wörtliche Uebersetzung: Gesetzbücher.

Verzweiflung, aus der kein Ausweg sichtbar schien. Nicht nur Arbeitslose, nicht nur radikale Intellektuelle, nein, auch Industrielle, Bankiers, Farmer waren für eine, wenn auch vielleicht nur kurze Zeit überzeugt, dass die alten amerikanischen Grundsätze des Individualismus und der Nichteinmischung des Staates Schiffbruch gelitten hätten. Diesen Moment nutzte Roosevelt. Er hat während der Kampagne niemals im einzelnen entwickelt, was sein «New Deal» eigentlich zum Inhalt habe. Aber es genügte, dass hier ein Mann auftrat, der, aufgewachsen in konservativer amerikanischer Tradition, doch kein Reaktionär war; ein Mann, gewaschen mit allen Wassern amerikanischer Politik — und doch mit dem Ruf unbestechlicher Ehrenhaftigkeit. Es genügte, dass dieser Mann, ohne irgendein detailliertes Programm vorzulegen, eine Politik sozialer und ökonomischer Aktivität versprach, um die Stimmung und die Stimmen des Landes im Sturm zu erobern.

Heute, nach fast drei Jahren fieberhafter Tätigkeit der Rooseveltschen Verwaltung, am Vorabend der neuen Präsidentschaftskampagne, ist es an der Zeit, Bilanz zu ziehen. Amerika befindet sich zweifellos im Stadium wirtschaftlicher Erholung. Nach den Zahlen der industriellen Produktion zu urteilen, ist heute mehr als die Hälfte des Niedergangs vom Sommer 1929 bis März 1933 wieder aufgeholt worden. Auch die Stimmung der Geschäftswelt zeigt, gemessen etwa an den Kursen der Newyorker Börse, wieder einen hohen Stand. Also war die Politik des «New Deal» ein schlagender Erfolg? So naheliegend diese Schlussfolgerung erscheint, so wird sie hier in Amerika doch keineswegs allgemein gezogen. Von zwei Seiten aus wird der «New Deal» kritisiert. Da sind zunächst die, die meinen, dass diese Erholung nur vorübergehender Natur sein kann, weil Roosevelt die Reform der amerikanischen Wirtschaft nicht weit genug getrieben habe. Er sei nicht genügend scharf gegen die Riesenunternehmungen und Trusts vorgegangen, habe die Ungleichheiten der Einkommensverteilung nicht scharf genug bekämpft, die hier vielfach als Krisenursache angesehen werden. Das ist die radikale Kritik, die Roosevelt vorwirft, dass er zu sehr mit den reaktionären Kräften paktiert habe. «Ein Spruch vorwärts, zwei Sprünge rückwärts», sei seine Parole nach einem der radikalen Kritiker. Diese «Links»-Kritik gibt Stoff für die Demagogen, die dem Fascismus ähnliche Bewegungen einzuleiten suchen, und die allerdings mit der Ermordung Huy Longs ihre stärkste Kraft verloren haben. Sie gibt Stoff für den zwar unbedeutenden radikalen Flügel der Arbeiterbewegung (während sowohl die traditionelle Führung der American Federation of Labor, als auch die oppositionelle Gruppe unter der Führung der Bergarbeiter mit Roosevelts Politik durchaus einverstanden sind), sie gibt Stoff für die radikalen Intellektuellen und ist alles in allem doch so bedeutend, dass selbst die republikanische Partei diesen Stimmungen in ihrem linken Flügel durch Senator Borah eine Ausdrucksmöglichkeit gewährt.

Zum mindesten besser organisiert ist die konservative Kritik an Roosevelt, die sagt, dass die Erholung nicht wegen, sondern trotz des «New Deal» eingetreten sei. Die Erholung hätte erst Platz greifen können, nachdem die Gerichte dem «New Deal-Sozialismus» Einhalt geboten hätten. Die natürliche und sichere Prosperität könne erst wiederkehren, wenn auch noch die Reste der Rooseveltschen Massnahmen beseitigt wären und die alten amerikanischen Grundsätze des Individualismus und der Nichteinmischung des Staates wieder zur Geltung gekommen wären. Wieder findet Hoover in Versammlungen von Industriellen und Bankiers frenetischen Beifall — das Erlebnis von 1932 scheint vergessen zu sein. Diese Abwendung vom «New Deal» findet Unterstützung durch die amerikanischen Gerichte, die nacheinander wichtige Bestandteile der «New-Deal»-Gesetzgebung als verfassungswidrig ausser Kraft setzen. Nach der Presse und nach öffentlichen Reden zu urteilen, muss diese Kritik am «New Deal» jetzt ebenso allgemein verbreitet sein wie das Vertrauen und die Hoffnung auf ihn im Jahre 1932/33. Ob dieser Eindruck aber nicht vielleicht doch täuscht? Die Antwort hierauf kann nur die bevorstehende Präsidentschaftswahl von 1936 geben. Was ist dieser «New Deal», zu dessen Beurteilung die Bevölkerung in den kommenden Wahlen aufgerufen wird?

Was ist der «New Deal»?

Die Meinung, dass der «New Deal» ein von langer Hand durch den «Brain Trust» vorbereiteter Plan zur kollektivistischen Umformung der amerikanischen Wirtschaft war, ist bestimmt nicht richtig. Gewiss war auch diese Ansicht unter den Beratern des Präsidenten vereinzelt vertreten, aber andere, die ebenso einflussreich waren, hatten andere Ansichten, und der Präsident entschied mehr nach der jeweiligen politischen Zweckmässigkeit als nach einem zugrundeliegenden Gesamtplan. Wesentlich für diese Regierung war nur die Bereitschaft und der Wille zu handeln, Verantwortung (auch gegenüber dem Kongress) auf sich zu nehmen, zu experimentieren. Auf jedes Gebiet der Wirtschaft erstreckten sich die gesetzgeberischen Vorschläge, die von der Verwaltung dem Kongress vorgelegt wurden: auf Landwirtschaft, Industrie, Eisenbahnen, Versorgungsbetriebe, Wohnungswesen, Bank- und Börsenwesen, Versicherung, Arbeiterfragen, Geldwesen, Aussenhandel usw. Wir können diese Massnahmen vielleicht unter drei Gesichtspunkten behandeln:

1. Massnahmen, die die wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen der Depression lindern sollen;
2. Massnahmen, die die Ueberwindung der Depression anregen sollen;
3. Massnahmen, die die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse auf die Dauer verbessern sollen.

Die Massnahmen der ersten Gruppe sollen hier nur gestreift werden. Wir rechnen hierzu vor allem die Bereitstellung gewaltiger Beträge aus dem Schatzamt für direkte Arbeitslosenunterstützung und für die Unterstützung in andern Notfällen (z. B. für in Not befindliche Farmer). Im Herbst 1934 waren in den Vereinigten Staaten 17 Millionen Menschen (einschliesslich der Angehörigen) auf Unterstützung angewiesen, das entsprach in den verschiedenen Einzelstaaten zwischen 6 Prozent und 27 Prozent der Bevölkerung und kostete dem Bundesschatzamt in 2½ Jahren über 3 Milliarden Dollar (im ganzen). Hierher gehört ferner die Verkürzung der Arbeitszeit, um die vorhandene Arbeit auf mehr Köpfe zu verteilen; die Anstrengungen der Verwaltung, den verschuldeten Grund- und Hausbesitz vor Zwangsvollstreckung zu schützen, wodurch indirekt die Kredit- und Versicherungsinstitute vor dem Zusammenbruch bewahrt wurden. Um das Vertrauen des Publikums in die Banken nach der Bankenschliessung wiederherzustellen, wurden alle Bankdepositen bis zu gewissen Höchstgrenzen von der Verwaltung garantiert. Alle diese Massnahmen waren insofern erfolgreich, als sie verhinderten, dass die finanzielle, agrare und industrielle Krise auch zu einer allgemeinen politischen und sozialen Krise wurde. Im ganzen kann man wohl heute sagen, dass diese unmittelbaren Notstandsmassnahmen erfolgreich durchgeführt worden sind.

Krisenbekämpfung.

Viel schwieriger ist es, über Erfolg oder Nichterfolg der Massnahmen zu urteilen, die die Ueberwindung der Depression zum Ziele hatten. Auf drei verschiedenen Wegen wurde versucht, die Wirtschaft wieder anzuregen, auf drei Wegen, die in manchen ihrer Auswirkungen miteinander nicht in Einklang standen.

1. Ein Ziel der Verwaltung war, die Preise insbesondere landwirtschaftlicher, aber auch industrieller Produkte zu erhöhen, um auf diesem Wege die relative Last der Verschuldung zu mindern und um durch steigende Gewinne die Produktion anzureizen. Für die Agrarwirtschaft bestand allerdings die Aufgabe, die Preise zu erhöhen, ohne die Agrarproduktion, jedenfalls an den Stapelprodukten, anzuregen. Die Erfahrungen hatten gelehrt, dass die Preissenkung von Agrarerzeugnissen nicht zur Produktionseinschränkung, sondern vielfach zur Produktionssteigerung führte. Der Farmer, der zur Bezahlung von Zinsen, Steuern und für seine notwendigen Einkäufe Geld braucht, wird angereizt, bei niedrigen Preisen eher mehr als weniger zu produzieren. Aber auch die Politik der früheren Verwaltung, die Preise durch Stützungskäufe künstlich hochzuhalten, führte zu einer Steigerung der Produktion. Bei den hohen Preisen wurde es lohnend, mehr Land unter den Pflug zu nehmen. So hatte beides, die Hochhaltung der Preise, wie der Zusammenbruch der Preise — wenn auch

aus verschiedenen Gründen — dazu geführt, die chronische agrare Ueberproduktion nur noch zu verstärken. Angesichts dieser Lage versuchte Wallace, der Landwirtschaftsminister in Roosevelts Kabinett, eine angemessene Preiserhöhung bei gleichzeitiger Produktionsbeschränkung zu erreichen. Den Farmern, die sich zu einer Minderung der Produktion an bestimmten Stapelprodukten verpflichteten, wurden Prämien ausgezahlt. Damit wurde der Ueberproduktion an den Stapelwaren Einhalt geboten, die Preise für manche der wesentlichsten Erzeugnisse wieder verdoppelt und das jährliche landwirtschaftliche Gesamteinkommen um schätzungsweise 2—3 Milliarden Dollars gesteigert. Gleichzeitig wurden die Farmer angeregt, statt der Stapelprodukte eine Vielzahl von Erzeugnissen, besonders auch für den Eigenbedarf zu produzieren. Der Erfolg dieser Massnahmen ist gewiss auch durch die natürlichen Umstände, z. B. die Trockenheit, gefördert worden, aber keineswegs auf sie allein oder auch nur überwiegend zurückzuführen.

Dieses ganze Agrarprogramm der Regierung wurde vom obersten Gerichtshof für verfassungswidrig erklärt. Aber es gibt kaum eine einflussreiche Gruppe im Lande, die die ganze Agrarwirtschaft dem « freien Spiel der Kräfte » überlassen will. So besteht kaum ein Zweifel, dass der Kongress ein neues Agrargesetz — welches auch immer die juristische Konstruktion sein wird — beschliessen wird.

Auf industriellem Gebiet wurde diese gleiche Absicht der Preissteigerung durch gewisse Bestimmungen in den Industrie-Codes zu erreichen gesucht. Ausdehnung von Industrieanlagen wurde in wichtigen Zweigen einer Genehmigungspflicht unterworfen, der Wettbewerb der Unternehmer untereinander beschränkt und umgekehrt eine kartellartige Organisation gefördert. In einigen Industriezweigen, zum Beispiel der Industrie der Baustoffe, wurde diese Absicht der Preissteigerung in geradezu verheerender Weise verwirklicht. Hierauf ist es sicherlich mit zurückzuführen, dass andere Versuche der Regierung die Bauindustrie anzuregen, nur so geringen Erfolg hatten. Im ganzen blieb diese Politik der Preissteigerung aber doch erfolglos, vor allem weil die Organisation der Industrie in der Mehrzahl der Fälle misslang. Das Urteil des obersten Gerichtshofs, das die Codes im Sommer 1935 für verfassungswidrig erklärte, hat diesen im Grunde nur noch den Gnadenstoss versetzt.

Die dritte auf Preissteigerung hinwirkende Massnahme war die Geldpolitik. Die Befürworter der Dollar-Entwertung glaubten — irrtümlicherweise —, dass die Inlandpreise entsprechend der Dollar-Entwertung ansteigen müssten. Diese Wirkung konnte sich unmittelbar nur auf die Einfuhrpreise erstrecken, die für die amerikanische Wirtschaft nur eine verhältnismässig geringe Bedeutung haben. Umgekehrt ging von der Geldpolitik eine gewisse Kapitalflucht aus, die jedenfalls zeitweilig eine deflationistische

Tendenz, eine Tendenz zur Preissenkung auslöste. Trotzdem hatte die Geldpolitik eine gewisse Rolle im Zusammenwirken der auf Preissteigerung ausgerichteten Massnahmen zu spielen. Da einige der hauptsächlichsten Agrarprodukte (z. B. Baumwolle) überwiegend Ausfuhrartikel sind, musste die Preissteigerung dieser Erzeugnisse die Wettbewerbslage auf den fremden Märkten entscheidend treffen. Diese Schädigung wurde durch die Dollarentwertung teilweise wett gemacht. Immerhin machte sich die Tatsache, dass der Baumwollpreis stärker stieg als der Dollar sank, für die Baumwollausfuhr beträchtlich fühlbar. Ohne diese Geldpolitik wären diese Schwierigkeiten noch viel grösser gewesen. Es fragt sich nur, ob dieser Ausgleich nicht vielleicht wirkungsvoller und ohne die schädigenden Wirkungen der Geldpolitik auf anderem Wege (z. B. durch Exportprämien) zu erreichen gewesen wäre.

2. Der zweite Weg, auf dem die Roosevelt Verwaltung die Konjunkturbelebung anzuregen versuchte, bestand in Massnahmen zur Erhöhung der Kaufkraft. Auch die **A g r a r p o l i t i k**, die, wie erwähnt, zu einer kräftigen Erhöhung der Farmeinkommen führte, wurde oft auch mit diesem Argument begründet. Der günstige Absatz von Automobilfirmen und Versandhäusern in den Farmgebieten wurde als Beleg für den Erfolg dieser Politik angeführt. So wichtig die Einkommenssteigerung der Landwirtschaft auch aus sozialen und politischen Gründen war, so ist es doch zweifelhaft, ob auf sie eine entscheidende Konjunkturanregung zurückgeführt werden kann. Dieses Einkommen stammt entweder aus den Mehrpreisen, die der Konsument zu zahlen hat, oder aus den Steuern, die er trägt, und aus denen die Prämien für die Landwirtschaft bestritten werden, insofern bewirkte sie eher eine Verlagerung als eine Neuschaffung von Kaufkraft.

Ebenso sollte eine Politik der **L o h n e r h ö h u n g** zu steigender Kaufkraft der Arbeiterbevölkerung und damit zu steigenden Absatzmöglichkeiten führen. Die Codes sahen Mindestlohnansätze vor und bewirkten kurz nach Inkrafttreten eine Lohnsteigerung. Dem wirkte nun allerdings entgegen, dass manche Unternehmer auch Arbeiter, die bisher in der Lohnskala höher rangierten, nunmehr zu Mindestsätzen einstellten oder auf anderen Wegen die Bestimmungen der Codes umgingen. Die Stundenlöhne stiegen von ihrem Tiefpunkt im Frühjahr 1933 um nominell 33 Prozent an. Die Ausserkraftsetzung der Codes hatte nur in Einzelfällen einen Einfluss auf die Löhne, woraus hervorgeht, dass das Lohnniveau wohl auch ohne die Codes im Laufe der Zeit die gleiche Entwicklung durchgemacht hätte. Einen entscheidenden Einfluss auf die Wirtschaftsbelebung hat diese Massnahme wohl demnach nicht gehabt.

3. Der dritte Weg, auf dem die Herbeiführung einer Konjunkturbelebung erhofft wurde, ging über die **ö f f e n t l i c h e n A r b e i t e n**. Oeffentliche Arbeiten wurden befürwortet, nicht nur,

wie in früheren Depressionen, um der sozialen Hilfe wegen, die damit den Arbeitslosen gewährt wird. Massgebend war daneben die Erwartung, dass Bankreserven durch öffentliche Ausgaben in aktive Kaufkraft verwandelt werden, und dass damit der Produktionsprozess angekurbelt würde. Sachverständige hatten berechnet, dass durch jeden in öffentlichen Arbeiten direkt Wiederbeschäftigten mindestens zwei weitere Arbeitslose indirekt Verdienst erhalten würden. Solange die Privatinitiative auch durch Senkungen des Zinsfußes nicht zu genügenden produktiven Kapitalanlagen veranlasst werden kann, müsse eben die öffentliche Hand diese gleiche Aufgabe erfüllen. Von vielen Volkswirten wurde nun allerdings erwartet, dass die Politik öffentlicher mit Kredit finanzierter Ausgaben viel schneller zu einer allgemeinen Wirtschaftsbelebung führen würde. Die Ausgabenpolitik der Vereinigten Staaten unter dem « New Deal » führte zu einer Vermehrung der Bundesschuld um rund 12 Milliarden Dollar im Zeitlauf von 3 Jahren. Das Volkseinkommen stieg von ca. 40 Milliarden Dollar im Jahre 1932/33 auf schätzungsweise 50—60 Milliarden im Jahre 1935/36. Nun ist aber keineswegs in voller Höhe der zusätzlichen Verschuldung von 12 Milliarden Dollars zusätzliche Kaufkraft geschaffen worden. Die Milliarden, die z. B. ausgegeben wurden, um überschuldeten Farmern und Hausbesitzern ihr Eigentum gegen Zwangsvollstreckung zu schützen, führten nur zur Ablösung einer privaten Schuld durch eine öffentliche Anleihe, die dem Farmer oder Hausbesitzer auf längere Frist und zu geringerem Zinsfusse gewährt wurde. Die privaten Gläubiger dieser Farmer oder Hausbesitzer, die ihr Geld jetzt mittelbar aus öffentlichen Mitteln zurückerhielten, gaben es nun im allgemeinen weder für Konsumzwecke noch für produktive Anlagen aus, sondern bezahlten damit ihrerseits wieder Schulden ab oder legten die Beträge als Bankdepositen oder in Staatspapieren an. Damit erleichterte diese den Farmern und Hausbesitzern gewährte Hilfe die Lage des Kapitalmarktes, aber brachte keine entsprechende Vermehrung der aktiven Kaufkraft. Auch andere Teile der öffentlichen Ausgaben fanden ihren Weg wieder zu den Banken zurück. Wenn Unternehmer Bestellungen für Material z. B. aus Lagervorräten erfüllten, so verwendeten sie die Erlöse vielfach zur Schuldabzahlung oder zur Stärkung ihrer Barreserve; auch die Profite, die durch Bestellungen für öffentliche Arbeiten gemacht wurden, gingen zu einem grossen Teil diesen Weg. So erklärt es sich, dass die Bankreserven durch die öffentlichen Ausgaben nicht entsprechend vermindert wurden und dass der Zuwachs an tatsächlicher Kaufkraft hinter den Erwartungen zurückblieb.

Es hat sehr lange gedauert, bis die Verwaltung alle Vorarbeiten für öffentliche Arbeiten so weit gefördert hatte, dass sie hierdurch Arbeitslose in grossem Stil beschäftigen konnte. Erst im Spätherbst 1935 gelang es 3 Millionen Arbeiter durch öffentliche Arbeiten direkt zu beschäftigen. Unter dem Gesichtspunkt

der augenblicklichen Kaufkraftschaffung wirkten allerdings die zunächst als Aushilfe organisierten Notstandsarbeiten ähnlich, nur auf lange Sicht wirken die Arbeiten, die bestimmt sind, die Produktivität der Arbeit zu vergrössern, oder Schäden durch Naturkatastrophen, wie Ueberschwemmungen oder Staubstürmen vorzubeugen, naturgemäss günstiger. (Hierin liegt der Unterschied zwischen einer Konjunkturbelebung durch produktive öffentliche Arbeiten und durch Aufrüsten.) Es ist natürlich schwer zu sagen, wieweit die tatsächlich eingetretene Belebung der Wirtschaft auf diese Politik der öffentlichen Ausgaben zurückzuführen ist. Immerhin sahen wir, dass wahrscheinlich keine andere der « New Deal »-Massnahmen diese Wirkung hat haben können. Auf die private Initiative kann die Besserung auch kaum zurückzuführen gewesen sein, weil die Belebung einsetzte als sich die privaten Investitionen noch auf einem Tiefstand befanden. Nur ein Faktor hat die Wirkung öffentlicher Ausgaben mutmasslich verstärkt. Mit einer Besserung der allgemeinen Bedingungen begannen wohlhabende Privatpersonen, die zur Zeit der tiefsten Depression mit ihren Käufen zurückhielten und ihre Barreserven vergrösserten, wieder zu kaufen, was z. B. den Absatz an Automobilen der höheren Qualitätsstufen beeinflusste. Aber diese erhöhte Kaufbereitschaft wurde vermutlich erst dadurch ausgelöst, dass die allgemeinen Wirtschaftsbedingungen eine Besserung zeigten, was wir auf die Politik der öffentlichen Ausgaben zurückführen.

Wenn somit durch die Politik der öffentlichen Arbeiten auch ein bedeutendes Mass von wirtschaftlicher Belebung eingeleitet worden ist, so folgt daraus doch noch nicht, dass die Verwaltung nunmehr alle Probleme der Konjunkturbelebung gelöst hat. Zunächst sind immer noch Arbeitslose in grosser Zahl vorhanden. Ist nunmehr mit dem Einsetzen einer privaten Investitionstätigkeit zu rechnen, die zur Aufsaugung weiterer Arbeitsloser führen wird? Kann diese private Investitionstätigkeit so bedeutend sein, dass die öffentlichen Arbeiten in absehbarer Zeit wieder abgebaut werden können, ohne dass hieraus wieder ein erneuter Rückschlag zu erwarten ist? Oder ist es nötig, die öffentlichen Ausgaben zum mindesten noch eine geraume Zeit auf gleicher Höhe zu halten? Unter anderem findet ein von der Regierung zu förderndes Wohnungsbau-Programm viele Befürworter. Können aber für ein Dauerprogramm die gleichen Finanzierungsmethoden weiter angewandt werden? Wir werfen diese Fragen nur auf, um auf die noch ungelösten Probleme der Erholungspolitik hinzuweisen. Die Beantwortung dieser Fragen ist hier nicht beabsichtigt, wo lediglich ein Bericht über die bisherigen Massnahmen und Erfolge der Roosevelt'schen Politik gegeben werden sollte.

Umbau des Kapitalismus.

Der « New Deal » beansprucht mehr zu sein als nur ein Wiederbelebungsprogramm. Roosevelt eröffnete den neuen Wahl-

kampf für 1936 unter der Parole, dass nicht nur Wiederbelebung, d. h. Wiederherstellung der Verhältnisse von der Vor-Depressions-Zeit, sondern Fortschritt das Ziel seiner Verwaltung sei. Die amerikanische Wirtschaft soll aus dieser Depression anders herausgehen als sie in die Krise hineingegangen ist. Welches sind die Reformvorschläge, die im « New Deal » enthalten waren? Roosevelt betrieb zum erstenmal ein sozialpolitisches Bundesprogramm, während dieses Feld bisher den Staaten zum Beackern oder vielmehr zum Nichtbeackern voll überlassen war. Kinderarbeit und Schwitzsystem sollten durch die Codes beseitigt werden. Kollektiver Arbeitsvertrag wurde gefördert, ein Schlichtungssystem eingerichtet, den Arbeitern wurde die Garantie unbedingter Koalitionsfreiheit gesetzlich gewährt. Nachdem die Codes durch den obersten Gerichtshof ausser Kraft gesetzt waren, versuchte die Verwaltung die wichtigsten sozialpolitischen Bestandteile durch Spezialgesetze für die Zukunft zu retten. Ein umfassendes System von Sozialversicherungen wurde eingeführt. Dies entspricht zwar noch keineswegs Anforderungen, wie sie in manchen der europäischen Staaten erfüllt sind, stellt aber einen für Amerika epochemachenden Anfang dar. In manchen Teilen des Landes war es auch gegenüber dem Widerstand der Unternehmer nicht möglich, die neu eingeführten sozialpolitischen Gesetze wirklich durchzuführen.

Die Industrie-Codes verfolgten neben dem Zweck der Wirtschaftsbelebung und der sozialpolitischen Reform auch die Idee einer Organisation der amerikanischen Industrie. Es sollte etwas geschaffen werden, das der europäischen Kartellierung aber ohne deren Nachteile entspräche. Massgebende Mitglieder der Verwaltung erstrebten eine Organisation der Konsumenten, der Arbeiter und der Industriellen, die wichtige Aufgaben der Wirtschaftspolitik im Wege der Kooperation lösen sollten. Diese Mitglieder der Verwaltung hofften, dass sich aus diesen Notstandsmassnahmen der Krise heraus eine bessere Wirtschafts- und Sozialverfassung, eine Wirtschaftsdemokratie, entwickeln würde. Dieser Versuch ist restlos gescheitert; aber es fragt sich, ob er nicht früher oder später in veränderter Form auf Grund der gesammelten Erfahrungen wiederholt werden wird. Auf bestimmten Gebieten, wie dem der Eisenbahnen und der Versorgungsbetriebe, bestehen noch die gesetzlichen Grundlagen für eine Reorganisation dieser Wirtschaftszweige. Der Kampf gegen die Monopolstellung der Versorgungsbetriebe, insbesondere der Elektrizitätswerke, ist ein wesentlicher Punkt in Roosevelts Programm. Wie vor Jahrzehnten die Monopolstellung der Eisenbahnen, erst durch Kanalbauten, dann durch Strassenbauten vielfach in Schach gehalten wurde, so begann diese Verwaltung in verschiedenen Teilen des Landes den Bau gewaltiger hydro-elektrischer Werke, durch die sie einen massgebenden Einfluss auf die gesamte Elektrizitätswirtschaft gewinnen wird.

Manche Berater der Regierung erhofften, durch die Bank-

und Börsengesetze eine Kreditkontrolle zu ermöglichen, um damit überhaupt zukünftigen Depressionen vorbeugen zu können. Hier werden unseres Erachtens die dynamischen Faktoren verkannt, die das « Auf und Ab » der Wirtschaft verursachen. Und doch können die Konjunkturausschläge jedenfalls gemildert werden. Die neuen Gesetze geben z. B. die Handhabe, eine spekulative Orgie, wie die von 1927/29 rechtzeitig abzubremesen. Die Beschneidung von Ueberexpansionen ist zwar gewiss kein Allheilmittel für alle Schwierigkeiten kapitalistischer Entwicklung; ihr kann aber eine wichtige, wenn auch bescheidene Aufgabe im Rahmen kapitalistischer Konjunkturpolitik zufallen.

Aus dem Bestreben, die Ausgaben für öffentliche Arbeiten in einer möglichst produktiven Weise zu verwenden, wurde ein « N a t i o n a l e s P l a n u n g s - A m t » geschaffen, das allerdings später bezeichnenderweise seinen zu gefährlich klingenden Namen ändern musste. Dieses Amt bereitete Pläne für die dringlichsten öffentlichen Arbeiten vor, die im Laufe von Jahrzehnten auszuführen wären: Pläne für die Erhaltung und produktivste Nutzung des Landes; für die Regulierung und Nutzung der Wasserläufe; für die Erhaltung und Nutzung der Schätze an Mineralien usw. Andere Aemter befassen sich mit Projekten für Wohnungsbau und landwirtschaftlicher Umsiedlung.

Das interessanteste in Angriff genommene Projekt hat die Gesundung eines seit langem in ärgster Notlage befindlichen grossen Gebietes, des Tennessee Valley, zum Ziele. Dies ist ein Gebiet, das zweiundeinhalbmal so gross ist wie die Schweiz, allerdings nur die Hälfte der Menschenzahl beherbergt. Die Regulierung eines langen Flusslaufs durch ein System von Dämmen und Schleusen, Anlage riesiger Elektrizitätswerke, durch die die Strompreise in diesem Bezirk radikal gesenkt werden, Elektrifizierung der Farmen, Aenderung des Agrarsystems, Ansiedlung kleiner Industrien, Umschulung eines Teils der Bevölkerung: alles das sind Programmpunkte in diesem grosszügigen Experiment regionalen Planens. Auch im innern Betrieb suchen die Leiter dieses Projekts ein Muster vorbildlicher Arbeitsorganisation zu schaffen. Es ist begreiflich, dass Vertreter kapitalistischer Interessen dieses grosszügige Projekt zur Zielscheibe ihrer Angriffe wählen, und niemand kann sagen, ob es gelingen wird, diesen Plan gegen alle Gegner zu Ende zu führen.

Mag sein, dass die gegenwärtige Gegenbewegung gegen den «New Deal» noch manche der Reformversuche als «verfassungswidrig» oder als politisch inopportun beseitigen wird. Und doch werden alle diese vielfältigen Versuche nicht vergeblich gewesen sein. Vielleicht besteht die grösste Leistung des «New Deal» für Amerika darin, dass alle diese neuen Aufgaben dazu zwangen, eine Verwaltung aufzubauen, die wirtschaftliche Fragen auf den mannigfaltigsten Gebieten zu regeln hat. Das Zeitalter moderner Industriewirtschaft macht ein gewisses Mass von Regulierung und

Planung zur unabweislichen Notwendigkeit. Die demokratische Regierungsform wird nur bestehen können, wenn sie diese Aufgaben kraftvoll und mit der «Vision» einer besseren Zukunft in die Hand nimmt. Roosevelts Verwaltung suchte das Notwendige im demokratischen Rahmen zu tun. Vieles misslang, weil das Planen noch zu planlos erfolgte, weil politische Opportunität noch zu viele Kompromisse erforderte. Vieles misslang, weil nicht auf allen Gebieten schnell genug eine Verwaltung aufgebaut werden konnte, die sich dieser Aufgaben, für die es noch keine «Precedenzen» gab, gewachsen zeigte. Gescheitert ist vor allem der Aufbau einer Industrieverwaltung, der N. I. R. A., der Code-Aemter. Der Aufbau einer Landwirtschaftsverwaltung auf der anderen Seite ist gelungen, in enger Kooperation mit Bauernvertretern bis hinunter zum kleinsten Dorf. Auch für die Organisation öffentlicher Arbeiten wurde nach langem Bemühen eine grosszügige Verwaltungsmaschine errichtet, die ihre Organe in fast jeder Stadt der Union hat. — So wie die Krisenwirtschaft sich in vielfacher Hinsicht die Erfahrungen der Kriegswirtschaft zunutze machen konnte, so wird auch jede weitere Fortentwicklung planwirtschaftlicher Elemente auf die Erfahrungen der «New-Deal»-Verwaltung zurückgreifen. Insofern hat der «New Deal» für jede weitere Reform Pionierdienste geleistet.

„AAA“

Die amerikanische Landwirtschaft unter der Staatskontrolle.

Von W l a d i m i r W o y t i n s k y , Washington.

Der Oberste Gerichtshof hat am 6. Januar 1936 die Agricultural Adjustment Administration für verfassungswidrig erklärt, weil die in dieser Agrargesetzgebung aufgestellten Erzeugungsbeschränkungen in unzulässiger Weise die Rechte der einzelnen Staaten antasteten. Wir veröffentlichen hier eine Arbeit über die amerikanische Agrarpolitik, die vor diesem Richterspruch abgeschlossen wurde. Sie hat jedoch nicht an Aktualität verloren, da die landwirtschaftliche Hilfe in irgendeiner Form weitergeführt werden wird. So hat der Senat vor einigen Wochen einen Kredit von 500 Millionen \$ zur Auszahlung von landwirtschaftlichen Subventionen bewilligt. Noch ungelöst bleibt allerdings das Problem der Finanzierung. Die finanzielle Grundlage der früheren Agrargesetzgebung, die Erhebung der Verarbeitungssteuer, wurde ebenfalls verboten, weil sie mit der amerikanischen Verfassung unvereinbar sei.

AAA ist die Abkürzung für die «Agricultural Adjustment Administration», d. h. Verwaltung für die Anpassung der Landwirtschaft. Wenn man in Amerika über die Anpassung der Landwirtschaft spricht, braucht das Wort «Anpassung» nicht erklärt zu werden. Jeder weiss, dass es sich hier um die An-